

**Ulrike Höfken**

- (A) als Anmelderin von gentechnischen Freisetzen auf. Gleichzeitig gehört sie dem Gentechnikgremium des Bundesinstituts für Risikobewertung an, das an der Genehmigung solcher Versuche beteiligt ist. Zugleich ist Frau Professor Broer finanziell beteiligt an Firmen wie Biovativ, ebenso aber auch an zahlreichen Patentanmeldungen, wiederum in Verbindung mit der Bayer AG oder auch der Hoechst AG.

(Ulrich Kelber [SPD]: Was für ein Zufall, dass Sie die Antwort auf die „spontane“ Frage schon auf dem Zettel stehen haben!)

Man sieht dann eben auch die engen Verbindungen zu dem AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz, das wiederum finanziert wird – da sind wir genau wieder bei dem Punkt der Subventionen; hier geht es nur um die verhältnismäßig kleine Summe von 9 Millionen Euro – durch EU, Bund und eben auch das Land Mecklenburg-Vorpommern. Es gibt weitere Verbindungen zu einer Vielzahl von Forschungs- und Förderungsaktivitäten, zum Beispiel zu einem Schüler-Gentechniklabor, das von dem Verein FINAB initiiert wurde. Solche Verflechtungen haben wir aber nicht allein an diesem Standort. Wir haben ja noch andere, zum Beispiel Gatersleben.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Ist das die Antwort auf die Frage?)

Interessant wäre, den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Herrn Böhmer, einmal einzuladen, der gesagt hat, mit den 65 Millionen, die vom Land Sachsen-Anhalt in die Agro-Gentechnik geflossen sind, seien verdammt wenig Arbeitsplätze entstanden.

- (B) (Christian Lange [Backnang] [SPD]: Ich meine, damit ist die Frage beantwortet!)

Selbst Herr Böhmer, der Ministerpräsident, sagt, er möchte nicht in der Zeitung lesen, welche Gelder die leitenden Angestellten dieses Bereiches bekommen haben.

So viel zur Beantwortung der Frage. Ich glaube, das ist ein Bereich, der noch intensiv vertieft werden kann.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Aber nicht heute Abend!)

Zu der Diskussion von heute Morgen, die Sicherstellung der Welternährung erfordere eine Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft, möchte ich noch erwähnen: Die heute Morgen beschriebenen Chancen sind Märchen, die schon 2004 von der FAO, aber jetzt auch noch einmal in einer aktuellen Studie widerlegt worden sind. Die Studie aus den USA – 20-jährige Forschung, Auswertung eines 13-jährigen kommerziellen Anbaus in den USA – kommt zu dem Ergebnis, dass in den USA angebaute Genmais und gentechnisch veränderte Sojasorten keinesfalls höhere Erträge liefern als konventionelle Sorten. Man könnte – dazu reicht meine Redezeit nicht – noch eine Vielzahl solcher Märchen ansprechen. Letztendlich kommen wir immer zum gleichen Schluss.

Es ist wichtig, die durch die Agro-Gentechnik verursachten Kosten auch denen anzulasten, die diese anwenden wollen – das ist verursachergerecht –, und nicht dem Ökolandbau, der mit seinen 150 000 Arbeitsplätzen viel mehr Arbeitsplätze als die Agro-Gentechnik mit ihren

- 500 bietet, der durch die Agro-Gentechnik aber in Gefahr gerät. Wir brauchen also eine Veränderung bei der Kostenbelastung durch die Agro-Gentechnik. (C)

Ich warte auf eine vernünftige Evaluation dieses Bereiches, damit wir dann vielleicht endlich einmal gemeinsam zu anderen Bewertungen kommen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Jetzt hat der Kollege Ulrich Kelber das Wort für die SPD-Fraktion.

**Ulrich Kelber (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Höfken, bei aller inhaltlichen Gemeinsamkeit beim Thema Gentechnik: Sich eine „spontane“ Frage stellen zu lassen und dann die Antwort vom Zettel abzulesen, das ist aus meiner Sicht ein Missbrauch des Parlaments. Das tut man nicht. Das schadet auch dem gemeinsamen Anliegen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

- Heute Mittag gab es die Aktuelle Stunde. Es ist gut, dass wir über dieses Thema sprechen. Stichwort jetzt: volkswirtschaftliche Kosten. Wenn man diese betrachtet, darf man nicht nur über die eigene Volkswirtschaft sprechen. Ich tue das deswegen gern, weil ich vor der Osterpause die Chance hatte, einige Tage in Sambia bei einer Kleinbauernfamilie zu leben und zu arbeiten und danach zu einer Konferenz über agrarische Entwicklung, Welt-handel und Gentechnik zu fahren. Da hat man was erlebt. (D)

Als die Bundesrepublik Deutschland die Entscheidung getroffen hat, den Mais MON 810 nicht anbauen zu lassen, haben wir erlebt, dass deswegen der deutsche Botschafter einbestellt wurde. Können Sie sich das auch bei einer anderen Entscheidung von ähnlicher monetärer Größenordnung vorstellen? Sicherlich nicht. Das hat mit dem Ziel zu tun: der Monopolisierung von Lebensmitteln, der Monopolisierung von Saatgut, der Monopolisierung von Landwirtschaft.

Etwas Ähnliches ist in Sambia passiert. Dort hat die katholische Kirche so lange Druck auf die Regierung ausgeübt, bis diese ein Einfuhr- und Anbauverbot für gentechnisch veränderte Organismen ausgesprochen hat. Daraufhin hat der damalige Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika persönlich im Vatikan angerufen und gebeten, die katholischen Priester in Sambia zu stoppen. Das zeigt die strategische Bedeutung, die diesem Thema beigemessen wird. Es geht darum, einen ganzen Bereich für ein Land, für eine bestimmte Firma zu monopolisieren. Das wird volkswirtschaftliche Kosten ungeahnter Größenordnung für den wichtigsten Bereich, nämlich die Ernährung von Menschen, nach sich ziehen; das ist nicht zu akzeptieren.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Ulrich Kelber

(A) Ich habe nun eine Bitte an das Landwirtschaftsministerium, die Ministerin oder an die Staatssekretäre. Ich habe hier leider nur eine kleine eigene Auswahl von Schreiben. Die Kenntnisnahme biete ich Ihnen, Frau Happach-Kasan, aber auch den Kollegen der CDU und der CSU an. Herr Seehofer kann sie Ihnen ebenfalls zur Verfügung stellen.

Als wir das Gentechnikgesetz novelliert haben, ist öffentlich nur von Herrn Hipp gesprochen worden, der nämlich gesagt hat: Wenn der Anbau von solchen Pflanzen in diesem Land zunimmt, muss ich dieses Land verlassen, um meinen Kunden ein bestimmtes Produkt anbieten zu können. – Wer ein bisschen eingeweiht ist, weiß – Peter Bleser, du kannst das bestätigen, denke ich, weil du an Sitzungen teilgenommen hast, in denen das erwähnt wurde –, dass dies nicht die einzige Firma war, die sich bei uns gemeldet hat. Auch viele andere namhafte Lebensmittelproduzenten in Deutschland, große Firmen, haben sich gemeldet.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Andere haben die Werbemöglichkeit auch genutzt!)

Sie haben allerdings gesagt: Wir gehen nicht wie Herr Hipp in die Öffentlichkeit, weil wir den Namen unserer Firma nicht in einem Atemzug mit der Grünen Gentechnik genannt haben wollen, weil sich die Menschen nachher vielleicht falsch erinnern. – Es war das Who's who der deutschen Lebensmittelwirtschaft. Sie haben gesagt: Uns geht es um die Rohstoffversorgung für unsere Lebensmittel. Wir sind bereit, dieses Land zu verlassen, wenn wir hier nicht in der Lage sind, gentechnikfreie Rohstoffe zu beziehen.

(B)

Ich glaube, dass Sie sich unter Zusage der Einhaltung der Vertraulichkeit diese Schreiben im Ministerium ansehen können. Sie werden erstaunt sein, zu erfahren, was das für die Volkswirtschaft hier bedeutet.

Noch einmal zur Hightech-Strategie und zur Menge des Geldes, das in den nächsten Jahren in den Lebensmittelbereich, in die Agrarforschung investiert wird. Ich bin der Meinung, dass wir als Bundesrepublik Deutschland deutlich zu wenig Geld in die Agrarforschung investieren.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn investiert wird, sollte das in einer Technologieoffenheit geschehen. Es geht nicht an, dass wir dann festlegen: 95 Prozent des Geldes gehen in die Lösung des Problems durch Grüne Gentechnik und eben nicht in integrierten Anbau, nicht in Smart Breeding und nicht in konventionelle Züchtung.

Das hat einen einfachen Grund. Es gibt typische Kulturpflanzen, die wir in der Bundesrepublik Deutschland von den Alpen bis zum Meer anpflanzen. Wir pflanzen aber nicht eine Sorte an. In den Mittelgebirgen Baden-Württembergs, liebe Elvira Drobinski-Weiß, werden andere Sorten angebaut als in der Jülicher Börde, meiner Heimat, im Rheinland, mit den wesentlich besseren Böden. Wenn es aber zu gentechnisch veränderten patentierten Pflanzen kommt, wird in der Regel nur eine Sorte

angeboten, die über viele Jahre nicht mehr verändert werden kann, die zum Teil schon uralt ist, wenn sie auf den Markt kommt. Demgegenüber können konventionell gezüchtete Pflanzensorten, in die ebenfalls Trockenresistenz, Salzresistenz oder Hochwasserresistenz hineingezüchtet werden können, sofort an die verschiedenen Nischen und die unterschiedlichen Kulturräume unserer Heimat angepasst werden. Das ist der Unterschied. (C)

Noch einmal zum aktuellen Verbot der Maissorte der Firma Monsanto. Der Landwirt, der diese Maissorte kennt, wundert sich nicht darüber, dass sie auf den Äckern geringere Erträge liefert als moderner konventionell gezüchteter Mais.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Warum bauen die Landwirte ihn dann an?)

Dafür gibt es nämlich einen einfachen Grund. Die Maissorte ist eigentlich 15 Jahre alt; damals hat ihr die Firma Monsanto eine Eigenschaft, nämlich die Produktion eines Pestizids, aufgestülpt. In den letzten 15 Jahren hat sich aber der Ertrag der Maissorten um etwa 2 bis 3 Prozent pro Jahr erhöht. Deswegen haben die konventionellen, der Gemeinschaft gehörenden Maissorten, die heute auf dem Markt angebaut werden, ein höheres Ertragspotenzial als alle Maissorten, die aus den Gentechniklaboren stammen.

Es geht darum, eine Dinosauriertechnologie, die die Monopolisierung unserer Lebensgrundlagen zum Ziel hat, nicht zum Zug kommen zu lassen. Das sollte weiterhin Politik in Deutschland sein.

(Beifall bei der SPD)

(D)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Volkswirtschaftliche Kosten der Agro-Gentechnik ermitteln und offenlegen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/10578, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/7903 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung bei Zustimmung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Verbesserung des Kinderschutzes (Kinderschutzgesetz)**

– Drucksache 16/12429 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)  
Innenausschuss  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Gesundheit